

Landkreis Ravensburg

den 27. Apr. 2015

Niederschrift

über die Sitzung des Kreistages
am 12.03.2015 im Mehrzweckhalle Aitrach, Oberhauserweg 12, 88319 Aitrach

Dauer 13:00 Uhr bis 19:00 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 72 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Kurt Widmaier,

Erste Landesbeamtin

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Eugen Abler,

Herr Bürgermeister Elmar Buemann,

Herr Bürgermeister Roland Bürkle,

Herr Josef Forderer,

Frau Josefine Haberkorn,

Herr Rudolf Hämmerle,

Herr Oberbürgermeister Hans-Jörg Henle,

Herr Bürgermeister Thomas Kellenberger,

Herr Wolfgang Kleiner,

Herr Bürgermeister Josef Köberle,

Herr Bürgermeister Dieter Krattenmacher,

Herr Hans-Jörg Leonhardt,

«sitext» vom «sidat»

Herr Bürgermeister Clemens Moll,
Herr Axel Müller,
Herr Bürgermeister Peter Müller,
Herr Christian Natterer,
Herr Alois Peter,
Herr Oberbürgermeister Dr. Daniel Rapp,
Herr Bürgermeister Volker Restle,
Frau Dr. Silke Rieser,
Herr August Schuler,
Herr Robert Schweizer,
Herr Bürgermeister Daniel Steiner,
Herr Bürgermeister Roland Weinschenk,
Herr Waldemar Westermayer, MdB,
Herr Josef Wurm,

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle,
Herr Matthias Grad,
Herr Bürgermeister Roland Haug,
Herr Hans Peter Künst,
Herr Oberbürgermeister Michael Lang,
Herr Bürgermeister Holger Lehr,
Herr Bürgermeister Rainer Magenreuter,
Herr Roland Schmidinger,
Herr Bernhard Schultes,
Herr Bürgermeister Peter Smigoc,
Herr Bürgermeister Oliver Spieß,
Frau Christa Stierle,

SPD

Herr Rudolf Bindig,
Herr Peter Clément,
Herr Anton Frei,
Herr Gerhard Lang,
Frau Gisela Müller,
Herr Jürgen Rölli,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm,

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf,
Herr Gereon Güldenbergr,
Frau Liv Pfluger,
Herr Bruno Sing,
Herr Siegfried Spangenberg,
Herr Heinz Strubel,

ÖDP

Herr Julian Aicher,
Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing,
Herr Max Scharpf,
Herr Siegfried Scharpf,
Herr Dr. Wolfgang Schmidt,

FDP

Herr M. A. Daniel Gallasch,
Herr Prof. Dr. Bernd Steidle,

Die Linke

Herr Dr. Till Bastian,
Herr Wolfgang Nippe,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Dr. Maximilian Eiden,
Herr Gerd Hägele,
Herr Franz Hirth,
Herr Hans-Joachim Hoelz,
Herr Joachim Mayer,
Herr Hubert Messmer,
Frau Diana E. Raedler,
Herr Georg Rupp,
Herr Roland Sauter,
Frau Sybille Schuh,
Herr Walter Sieger,

Gäste

Herr Peter Brückner-Bozetti,
Herr Dr. Jan-Ove Faust,

Fa. BAB, zu TOP 13
Oberschwabenklinik (OSK)

Herr Tobias Koch,
Herr Dr. Oliver Rentzsch,
Herr Dr. Sebastian Wolf,

Prognos AG, zu TOP 2
Fa. BAB, zu TOP 13
Oberschwabenklinik (OSK)

Abwesend:

CDU

Herr Rolf Engler,
Herr Dr. Ulrich Höflacher,
Herr Wolfgang Pfefferle,
Herr Robert Stütze,

FWV

Herr Oberbürgermeister Markus Ewald,
Herr Jochen Fischinger,
Herr Dr. Hermann Schad,

SPD

Herr Rainer Marquart,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Judith Gebhardt,
Herr Manfred Lucha, MdL,
Herr Dr. Ulrich Walz,
Herr Roland Zintl,

Ausgelegte Tischvorlagen:

Antrag der SPD-Fraktion zu TOP 10.2 (Einladung 9.2)
neue Sitzungsvorlage zu TOP 11 (Einladung 10)
Ampelpapier der OSK zu TOP 15

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Protokoll der vorausgegangenen Sitzung
- 2 SWOT-Analyse und Regionalstudie zur zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung im Landkreis Ravensburg
- 3 Wirtschafts- und Innovationsfördergesellschaft Landkreis Ravensburg mbH mit Kontaktstelle Frau & Beruf
 - 3.1 Weiterführung der Wirtschafts- und Innovationsförderungsgesellschaft Landkreis Ravensburg mbH sowie der Kontaktstelle Frau & Beruf
 - 3.2 Öffentliche Betrauung mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Betrauungsakt)
- 4 Landesbehindertengleichstellungsgesetz: Bestellung eines ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten
- 5 Unterbringung Asylbewerber
- 6 Nachnutzung Krankenhausgebäude Leutkirch
- 7 Antrag des CJD auf Komplementärmittel für das Welcome Center Bodensee-Oberschwaben
- 8 Geschwister-Scholl-Schule Leutkirch, Instandsetzung und Modernisierung I - Umsetzung 2015
- 9 Umbau- und Umnutzungsmaßnahmen im Amtshaus von Schloss Achberg
- 10 Beteiligungsmanagement
 - 10.1 Beteiligungsbericht 2013
 - 10.2 Beteiligungsrichtlinie des Landkreises Ravensburg
- 11 Kreditsachen
- 12 Oberschwabenklinik - Verlängerung der Stundungsvereinbarung mit dem Eigenbetrieb IKP
- 13 Oberschwabenklinik; Kapitalerhöhung 2015
- 14 Anfragen und Bekanntgaben - Hospiz am Engelberg, Wangen

Die Mitglieder des Kreistags wurden am 02.03.2015 zu dieser Sitzung eingeladen.

BM Kellenberger begrüßt den Kreistag in Aitrach und stellt die Gemeinde vor.

Der Vorsitzende stellt der Sitzung drei Vorbemerkungen voraus:

- Der Antrag der SPD-Fraktion zur Beteiligungsrichtlinie wird ohne gesonderte Vorbera-
tung in die Behandlung des TOPs 9.2 einbezogen.
- Zu TOP 13 wurden Berater der Fa. BAB eingeladen. Um ihnen zeitlich entgegenzu-
kommen, möchte der Vorsitzende die Angelegenheit „Nachnutzung Krankenhausge-
bäude Leutkirch“ – das Einverständnis des Kreistags vorausgesetzt – vorziehen
(nach TOP 6). Gegen dieses Vorgehen werden keine Einwendungen vorgebracht.
- Herr Baur ist erkrankt und wird von Frau Schuh vertreten.

Öffentliche Sitzung

§ 79

Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Der Vorsitzende verweist auf den versandten Protokoll-Entwurf der Sitzung am 11.12.2014.

Änderungswünsche werden nicht vorgebracht.

§ 80

SWOT-Analyse und Regionalstudie zur zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung im Land- kreis Ravensburg

Frau Meschenmoser verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und
führt in die Thematik ein.

Herr Koch stellt den Endbericht der SWOT-Analyse und der Regionalstudie mit einer
PowerPoint-Präsentation vor.

KR Henle dankt für das umfangreiche Zahlenmaterial, welches eine gute Grundlage für die weitere Arbeit darstelle. Angesichts der Erfolge könnte man sich nun zurücklehnen. Die aufgezeigten Handlungsfelder würden jedoch auch für die Zukunft noch große Aufgaben vorgeben. Man müsse sich nun gemeinsam auf den Weg machen, um die Stärken auszubauen und für eine regionale Gerechtigkeit (zwischen Schussental und Randregionen) zu sorgen.

KR Spangenberg bezeichnet die Ausarbeitung als lesens- und bedenkenswert. Die Ergebnisse der Prognos-Studie nehme er gerne und mit Überzeugung zur Kenntnis. Die Nummer 2 des Beschlussvorschlags könnte die Grünen-Fraktion jedoch nicht mit derselben Intensität mittragen. Beim Experten-Workshop im November des vergangenen Jahres hätten seines Erachtens wichtige und maßgebliche Institutionen gefehlt, beispielsweise Umweltverbände und die Energieagentur. Ihm fehle im Beschlusstext die notwendige Abwägung (vor allem hinsichtlich des Aspektes Flächenverbrauch). Er wehrt sich gegen den Begriff „Umsetzung“ im Beschluss und bittet um eine getrennte Abstimmung über die Nummern 1 und 2.

Der Vorsitzende stellt klar, dass mit dem heutigen Beschluss nicht über das gesamte Werk entschieden werden soll. Natürlich würden im Einzelnen noch weitere Diskussionen erfolgen. Der Beschlussvorschlag habe lediglich die Richtung aufzeigen wollen.

KR Schultes hält die Studie für eine gute, professionelle Grundlage mit wichtigen Handlungsempfehlungen. Die zum Ausdruck gebrachten Schwächen (zurückgehende Gründungsbereitschaft, Fachkräftemangel und Wegzug von Studenten) müssten auf jeden Fall angegangen werden.

KR Aicher vermisst den Vergleich mit den bayrischen Nachbarkreisen. In Bayern liege man im Hinblick auf Stromverbrauch bzw. Anteil an erneuerbaren Energien weit vor dem Landkreis Ravensburg. Seiner Einschätzung nach müssten deutlich mehr Informationsträger eingebunden werden.

KR Bindig betont, dass viele der aufgezeigten Aspekte auch ohne die Studie evident seien. Dennoch sei eine systematische Zusammenstellung von Vorteil. Insgesamt fehle ihm eine Differenzierung im Bereich Wachstum, hinsichtlich der Begriffs-Definition selbst, aber auch bezüglich der Bewertung (qualitatives Wachstum): „Bei welchen Branchen ist es in ökologischer Hinsicht wünschenswert, dass sie wachsen und bei welchen eher nicht?“

KR M. Lang erkundigt sich nach den Gründen für die stark rückläufigen Zahlen bei den Unternehmensgründungen und nach Aussagen zu regionalen Unterschieden.

Herr Koch führt aus, dass attraktive Arbeitsplätze die Risikobereitschaft senken und damit von Existenzgründungen eher abhalten. Aussagen zu Teilregionen im Landkreis müssten im Einzelnen noch zusammengetragen werden.

KR Sing greift auf, dass die Studie den Fokus auf die Wirtschaft und deren Wachstum legt. Ökologische und gesellschaftspolitische Entwicklungen würden in dem vorgelegten Zukunftskonzept fehlen. In dieser Form könne er einer Aufnahme der Studie in die Kreisstrategie nicht zustimmen.

KR Gallasch sieht die Aufgabe des Kreistags und das Ziel der Kreisstrategie darin, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die Bevölkerung in allen Aspekten des Lebens frei entscheiden kann.

Frau Meschenmoser schlägt vor, bei der Nr. 2 des Beschlussvorschlags den Begriff „Umsetzung“ gegen die Formulierung „mit der Intention“ auszutauschen.

KR Spangenberg wendet sich dagegen, den ausgearbeiteten Maßnahmenkatalog umzusetzen. Die Kreisstrategie solle unter Berücksichtigung aller, also der auch darüber hinausgehenden Facetten, erarbeitet werden. Mit der von Frau Meschenmoser angeregten Formulierung könne er aber leben.

KR Restle legt im Namen der CDU-Fraktion jedoch Wert auf das Wort „Umsetzung“.

Daraufhin nimmt der Kreistag die Ergebnisse der Prognos-Studie zur zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung im Landkreis Ravensburg zur Kenntnis.

Bei 19 Gegenstimmen und einer Enthaltung fasst der Kreistag **m e h r h e i t l i c h** folgenden Beschluss:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Umsetzung sowie der Integration des im Rahmen der Handlungsfelder geplanten Maßnahmenkatalogs in den laufenden Kreisstrategieprozess.

Wirtschafts- und Innovationsfördergesellschaft Landkreis Ravensburg mbH mit Kontaktstelle
Frau & Beruf

§ 81

Weiterführung der Wirtschafts- und Innovationsförderungsgesellschaft Landkreis Ravensburg mbH sowie der Kontaktstelle Frau & Beruf

Herr Hölz nimmt Bezug auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und stellt die Aktivitäten der WIR und der Kontaktstelle mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Restle spricht sich im Namen der CDU-Fraktion für eine Weiterführung der Strukturen aus. Gegebenenfalls müsse nach dem anstehenden Wechsel an der Hausspitze des Landratsamts nochmals eine Anpassung erfolgen.

KRin Pfluger geht auf die Kontaktstelle Frau & Beruf ein. Hier bestehe ein großer Bedarf an Beratung und Vernetzung. Insofern leiste die Kontaktstelle eine notwendige und erfolgreiche Arbeit. Auch die Grünen-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

KRin Müller schließt sich diesen Bewertungen an. Die Kontaktstelle habe eine enorme Bedeutung für junge Familien. Der WIR müsse man ein großes Kompliment für die erfolgreiche Verwendung von begrenzten Ressourcen aussprechen.

KR Schultes plädiert im Namen der Freien Wähler ebenfalls für den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

KR M. Lang schlägt den Bogen zu TOP 6 der Tagesordnung (Welcome Center) und ruft dazu auf, alle Funktionen mit wirtschaftspolitischer Relevanz bei der WIR zu bündeln und keine Nebenstellen aufzubauen. Er fragt Herrn Hölz, ob es für ihn leistbar sei, die Aufgaben des Welcome Center zu erfüllen.

Herr Hölz hält eine Willkommenskultur für ausländische Mitarbeiter für unabdingbar. Schlussendlich sei alles eine Frage der finanziellen Ausstattung.

KR Spangenberg fordert, die beiden Tagespunkte in der Diskussion zu trennen, um eine Beeinflussung der Beschlussfassung zu vermeiden.

KR A. Müller kritisiert die zahlreichen Anglizismen in der Sitzungsvorlage.

KR S. Scharpf verweist auf die Grenzen des Planeten Erde. Das Ziel der Menschheit könne nicht das ewige Wachstum sein. Die Bevölkerung bedürfe einer guten Beratung, wie die Zukunft mit den vorhandenen Ressourcen gestaltet werden kann.

Der Vorsitzende schlägt vor, über die Nummern 1 bis 3 des Beschlussvorschlags en bloc abzustimmen.

Gegen dieses Vorgehen werden keine Einwendungen vorgebracht.

Ohne weitere Wortmeldungen fasst der Kreistag **einstimmig** folgenden Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt die unbefristete Fortsetzung der WIR GmbH als Instrument der aktiven Wirtschaftsförderung ab 01.01.2016. Er betraut die WiR GmbH weiterhin mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse in Form der unternehmensübergreifenden und der technologie-transferorientierten Wirtschaftsförderung und aller damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen, die der Wirtschaftsförderung des Landkreises Ravensburg dienen.
2. Zur zukünftigen Finanzierung der bisher laufenden, sowie für den Aufbau und die Umsetzung von neuen Projekten der WiR (Verbesserung der Technologietransferstrukturen im Landkreis) leistet der Landkreis ab 2016 einen jährlichen Finanzierungsbeitrag von 210 T€.
3. Zur zukünftigen Finanzierung und Festigung der bisher laufenden, sowie für den Aufbau von ergänzenden Beratungsstrukturen (Coaching) der Kontaktstelle Frau & Beruf Ravensburg leistet der Landkreis, beginnend ab 01.01.2016, einen jährlichen Finanzierungsbeitrag von 30 T€.

§ 82

Öffentliche Betrauung mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (Betrauungsakt)

Frau Schuh verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert

den Betrauungsakt.

Ohne weitere Wortmeldungen fasst der Kreistag **einstimmig** folgenden Beschluss:

Der Landkreis Ravensburg betraut die WiR – Gesellschaft für Wirtschafts- und Innovationsförderung Landkreis Ravensburg GmbH rückwirkend zum 01. Januar 2015 mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) im Wege eines öffentlichen Auftrags (Betrauungsakt).

§ 83

Landesbehindertengleichstellungsgesetz: Bestellung eines ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten

Frau Raedler nimmt Bezug auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert die anstehende Entscheidung.

KRin Dr. Brehm erinnert daran, dass die Grünen-Fraktion bereits vor Jahren die Bestellung eines verwaltungsunabhängigen Behindertenbeauftragten gefordert habe. Das damals abgewartete Landesbehindertengleichstellungsgesetz liege mittlerweile vor und räume diverse Spielräume ein. Obgleich nicht ganz glücklich mit dem Ergebnis, kündigt KRin Dr. Brehm die Zustimmung der Grünen-Fraktion zum Beschlussvorschlag der Verwaltung an, mit folgenden Anmerkungen:

- Die Befristung auf zwei Jahre sei nicht zielführend.
- Wegen der Komplexität der Aufgaben eines Behindertenbeauftragten solle ihr oder ihm ein Beirat zur Seite gestellt werden.
- Die Rahmenbedingungen, wie beispielsweise die Barrierefreiheit, müssten weiter ausgebaut werden.
- Im Fokus müssten auch die großen Herausforderungen für die Behinderteneinrichtungen angesichts der Inklusion stehen.

Ihres Erachtens sei die enorme Aufgabenfülle auf Dauer nicht im Ehrenamt zu bewältigen. Sie bittet darum, die Übertragung ins Hauptamt auf die Agenda stellen.

KR M. Lang weist darauf hin, dass die zweijährige Befristung zwar im Sachverhalt der Sitzungsvorlage aufgeführt sei, nicht jedoch im Beschlussvorschlag. Er schlägt vor, die Amts-

zeit an die Legislaturperiode des Kreistags anzugleichen. Die Honorierung im Ehrenamt bedürfe noch einer weiteren Klärung. 3.000 € im Monat sei seiner Meinung nach zu hoch gefasst.

Frau Raedler betont, dass die Höhe der Entschädigung erst nach Erlass einer Verwaltungsvorschrift des Landes festgelegt wird. Dabei gehe es aber nicht nur um die Personalkosten, sondern auch um den Sachaufwand. Die Befristung sei bewusst nicht im Beschlussvorschlag aufgenommen worden. Die Formulierung im Textteil der Sitzungsvorlage sollte lediglich aufzeigen, dass eine solche geregelt werden könnte. Auch die Frage der Bildung eines Beirats sei nicht im Beschlussvorschlag aufgegriffen worden. Dieses Thema werde die Verwaltung gesondert thematisieren.

Der Vorsitzende schlägt vor, über die Nummern 1 bis 3 des Beschlussvorschlags en bloc abzustimmen.

Gegen dieses Vorgehen werden keine Einwendungen geltend gemacht.

Ohne weitere Wortmeldungen fasst der Kreistag **einstimmig** folgenden Beschluss:

1. Für den Landkreis Ravensburg wird ein Kreisbehindertenbeauftragter im Ehrenamt bestellt. Zugleich wird die bisherige Kreisbehindertenbeauftragte des Landkreises Ravensburg von dieser Aufgabe entbunden.
2. Die Höhe der Entschädigung sowie weitere organisatorische Modalitäten werden nach Erlass einer Verwaltungsvorschrift des Landes festgelegt.
3. Die Stelle des/der Behindertenbeauftragten wird ausgeschrieben, wenn die Verwaltungsvorschrift des Landes vorliegt.

§ 84

Unterbringung Asylbewerber

Frau Raedler nimmt Bezug auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und stellt die aktuelle Unterbringungssituation sowie die Prognose mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

Herr Sauter präsentiert die Kosten und die Finanzierung.

KR Bindig lobt die aktiven Bemühungen der Kreisverwaltung und die überwiegende Bereitschaft der Gemeinden. Bei aller Freude über den deutlichen Fortschritt möchte er den Blick aber auch auf zwei problematische Aspekte richten:

- Nicht alle Gemeinden zeigen die gleiche Bereitschaft. Hier müsse darauf gedrängt werden, sich den Flüchtlingen gegenüber offener zu zeigen.
- Der geplante Containerstandort neben der Kläranlage Kanzachmühle sei unzumutbar, unerträglich und nicht akzeptabel. Dies könne zu großen negativen Schlagzeilen führen. Er wisse um die erheblichen Schwierigkeiten, geeignete Plätze zur Flüchtlingsunterbringung zu finden, gleichwohl müsse bei der Standortsuche sensibler vorgegangen werden.

Der Vorsitzende betont, bei der Suche nach Unterbringungsplätzen keine große Auswahl mehr zu haben. Da müsse auch ein etwas unglücklicher Standort realisiert werden. Vorrangig sei, den ankommenden Asylbewerbern ein Dach über dem Kopf zu bieten.

Herr Sauter bestätigt, dass sich die Verwaltung ganz sicher nicht für den Standort auf der Gemarkung Berg entschieden hätte, wenn es andere Platzangebote gegeben hätte: „Wir sind in der Notlage, alles zu nehmen, was angeboten wird.“

KR Spangenberg stellt fest, dass der Landkreis Ravensburg bei der Flüchtlingsunterbringung auf einem guten Weg sei, im Vergleich zu anderen Landkreisen und im Vergleich zu früher. Grundsätzlich werde das Thema von der Verwaltung und in den Gremien gut angepackt. Vielleicht könne der erwähnte Standort nochmals hinterfragt werden. Auf keinen Fall dürfe jedoch die positive Grundstimmung gefährdet werden. Er erwähnt das Thema Abschiebung. In diesem Zusammenhang habe das Landratsamt keinerlei Einfluss. Die Entscheidungen über Verbleib oder Abschiebung seien völlig außerhalb unserer Kompetenz. Daher müsse der Landkreis sein Augenmerk auf die Unterbringung und Integration (Sprachförderung) legen.

Frau Meschenmoser ruft dazu auf, die Bemühungen der Verwaltung und aller beteiligten Städte und Gemeinden jetzt nicht auszubremsen. Man könne es sich wirklich nicht leisten, von bereits gefundenen Standorten wieder abzurücken.

KR A. Müller verweist auf die baurechtlichen Probleme in Zusammenhang mit Container-

siedlungen, zum Beispiel die Einhaltung der Schallschutzbestimmungen. Er regt an, bei der Anschaffung der Container auf die Einhaltung dieser Bestimmungen zu achten, um nachträglichen Problemen bereits im Vorfeld zu begegnen.

KR Spieß führt aus, es müsse sich im Land Baden-Württemberg grundsätzlich etwas ändern, um die positive Grundstimmung nicht kippen zu lassen. Er schildert den Entscheidungsprozess, der zum Containerstandort Kanzachmühle geführt hat, die erfolgten Abwägungen sowie die Abstimmung mit den Helferkreisen. Die Unterbringung sei lediglich als Provisorium angelegt, „... in der Not geboren, aber gut durchdacht und sorgfältig abgewogen!“

KR Bindig geht dennoch davon aus, dass eine andere Lösung hätte gefunden werden können.

KR Bürkle legt dar, dass in den Gemeinden ständig nach Lösungen gesucht werde. Ein Provisorium Kanzachmühle sei immer noch besser als eine Turnhallen-Unterbringung. Kanzach sei ein Kompromiss, den man mittragen könne.

Der Vorsitzende schlägt vor, über den Beschlussvorschlag der Verwaltung en bloc abzustimmen.

Gegen dieses Vorgehen werden keine Einwendungen geltend gemacht.

Ohne weitere Wortmeldung nimmt der Kreistag den Bericht zur Unterbringungssituation sowie das Konzept zur gemeinsamen Erstellung von Unterkünften mit den Gemeinden zur Kenntnis und fasst bei zwei Enthaltungen **m e h r h e i t l i c h** folgenden Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Schaffung der erforderlichen Unterbringungskapazitäten für Asylbewerber notwendigen Maßnahmen in eigener Zuständigkeit bis zu den Wertgrenzen der Hauptsatzung für die beschließenden Ausschüsse umzusetzen.
2. Die im Finanzhaushalt 2015 für diesen Zweck veranschlagten Investitionsmittel werden freigegeben.
3. Dem Unterbringungskonzept Asylbewerber des Landkreises wird zugestimmt.

Nachnutzung Krankenhausgebäude Leutkirch

Frau Meschenmoser verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und stellt den Verfahrensablauf eines wettbewerblichen Dialogs mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

Herr Dr. Rentzsch beschreibt den Auftrag, die Methode und das Vorgehen sowie das Ergebnis mit einem PowerPoint-Vortrag.

Frau Meschenmoser ergänzt, dass der wettbewerbliche Dialog eine besondere Form der Ausschreibung darstelle. Sie sichert zu, dass im Falle eines zwischenzeitlich auftauchenden potenten Bieters einer guten Lösung das Ausschreibungsverfahren auch wieder gestoppt werden kann.

KRin Müller sieht in dem wettbewerblichen Dialog eine Chance, um den Standort Leutkirch langfristig zukunftsfähig zu machen. „Ravensburg hat etwas gut zu machen, da stehen wir im Wort!“ Der Standort Leutkirch sei, von Ravensburg aus gesehen, zwar Randlage. Regional und kreisgrenzenüberschreitend betrachtet, bilde Leutkirch wiederum ein Zentrum. Kooperationen seien dringend vonnöten. Hierfür müsse man Vertrauen bilden, und dafür sei der wettbewerbliche Dialog ein geeignetes Instrument. Etwas Neues brauche immer auch Mut. Die SPD-Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu.

KR Henle blickt auf die zahlreichen politischen Bemühungen in den vergangenen Monaten zurück. Der Beschlussvorschlag weise nun den richtigen Weg. Aber alle Beteiligten müssten nun auch am selben Strang ziehen, um eine medizinnahere Nachfolgenutzung für Leutkirch zu finden. Diesbezüglich stehe man bei den Leutkircher Bürgern tatsächlich im Wort.

KR Dr. Dieing führt aus, dass die Bürger in Leutkirch und Isny nicht nur die Krankenhäuser vermissen, sondern auch die Nebenstrukturen, die sich um ein Krankenhaus herum aufbauen. Der Kreistag sei es der dortigen Bevölkerung schuldig, diese Verluste in irgendeiner Form wieder auszugleichen.

KRin Pfluger bezeichnet es als richtig, direkt nach dem Schließungsbeschluss keinen „Schnellschuss“ bei der Nachfolgenutzung zu starten, sondern erst den Bedarf genau zu

eruiieren, die Finanzierbarkeit zu prüfen und auch über ein Krankenhaus/Patientenhotel hinaus zu denken. Der wettbewerbliche Dialog stelle einen guten und geeigneten Weg zur Entscheidungsfindung dar.

KR Dr. Schmidt glaubt, dass sich das schöne Ziel eines lokalen Gesundheitszentrums im Hinblick auf die Finanzierbarkeit schnell auf wenige realisierbare Bereiche reduzieren wird: Palliativ- und Schmerzmedizin, gegebenenfalls mit einer onkologischen Abteilung.

KR Gallasch möchte dennoch für alle Bereiche offen bleiben.

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Kreistag **einstimmig** folgenden Beschluss:

Zur Umsetzung eines Modellprojekts aus dem Innovationsfonds nach dem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz am Standort des ehemaligen Krankenhauses Leutkirch wird die Verwaltung beauftragt, einen wettbewerblichen Dialog vorzubereiten und dem Kreistag in seiner Sitzung am 06.05.2015 zur Freigabe vorzulegen.

§ 86

Antrag des CJD auf Komplementärmittel für das Welcome Center Bodensee-Oberschwaben

Frau Raedler verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und teilt mit, dass der Sozialausschuss in seiner Vorberatung abweichend vom Beschlussvorschlag der Verwaltung die Mittel für zwei Jahre zur Verfügung stellen wollte. Nach Ablauf dieser Zeitdauer werde vom Träger CJD ein Bericht über die Erfolge seiner Tätigkeit gefordert.

Der Vorsitzende erinnert nochmals daran, dass es sich hierbei um eine Freiwilligkeitsleistung handelt und dass die Verwaltung gehalten sei, die Haushaltsmittel nicht für Luxus auszugeben.

KRin Pfluger weiß um die Angebote ähnlicher Anlaufstellen. Sämtliche Institutionen würden jedoch an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen. Außerdem gingen sie nicht explizit auf den Bedarf von Zuwanderern ein. Diesbezüglich sei bei CJD eine deutliche Kompetenz vorhanden. Sie plädiert für die Komplementärfinanzierung des Welcome Centers – eine Unterstützung der Einrichtung täte ihrer Meinung nach dem Landkreis gut.

KR M. Lang sieht es kritischer, dass es bereits viele Beratungsstellen gibt, die sich dieses Themas annehmen. Alle diese Stellen sollten seiner Auffassung nach gebündelt werden. Er warnt vor dem Einstieg in die Komplementärfinanzierung und der Gefahr, nicht mehr herauszukommen, sollte das Land die Förderung einstellen oder reduzieren. „Mit dem Geld finanzieren wir lieber Sprachkurse!“

KR Spieß plädiert für die Unterstützung des Welcome Centers. Nach zwei Jahren könne die Leistung des Trägers besser bewertet werden.

KRin Rieser geht davon aus, dass die kleinen und mittelständischen Unternehmen in der Region von den Leistungen des Welcome Centers profitieren würden. Auch die Integration könne gefördert werden.

Die KRe Sing, G. Müller, Abler und Rapp befürworten ebenfalls die vorerst auf zwei Jahre befristete Unterstützung des Welcome Centers.

KR Restle bittet um eine kurze Unterbrechung der Sitzung.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung für fünf Minuten.

Nach der Wiedereröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden führt KR Krattenmacher aus, dass der Landkreis die Menschen aus anderen Ländern begleiten müsse. Ein großer Teil der CDU-Fraktion habe sich für das Welcome Center ausgesprochen, jedoch nur für einen befristeten Zeitraum von zwei Jahren.

Bei 15 Gegenstimmen und einer Enthaltung fasst der Kreistag **m e h r h e i t l i c h** folgenden Beschluss:

Der Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln zur Komplementärfinanzierung des Welcome Center Bodensee-Oberschwaben in Höhe von 35.000 € für den Zeitraum 01.01.2015 bis 31.12.2016 wird mit der Maßgabe zugestimmt, dass der Träger CJD vor Ende des Modellzeitraums einen aussagekräftigen Bericht über die erzielten Ergebnisse vorlegt. Über eine etwaige Anschlussförderung kann erst danach entschieden werden.

Geschwister-Scholl-Schule Leutkirch, Instandsetzung und Modernisierung I - Umsetzung 2015

Der Vorsitzende verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen).

In allgemeiner Übereinstimmung wird auf einen Sachvortrag verzichtet.

Ohne weitere Wortmeldung fasst der Kreistag **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

1. Der Bauausführung für die aufgezeigten Maßnahmen 2015 an der Geschwister-Scholl-Schule in Leutkirch, Instandsetzung und Modernisierung I wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen weiteren Planungsleistungen 2015 zu beauftragen, nach Vorliegen der Ausführungsplanung die Bauarbeiten im Rahmen des für das Jahr 2015 vorgesehenen Budgets von 1,89 Mio. € in eigener Zuständigkeit auszuschreiben und zu vergeben. Das Projektbudget wird auf insgesamt 4,055 Mio. € (2014 +2015) festgesetzt.
3. Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt wie dargestellt, über den Haushalt 2015 des Landkreises Ravensburg.

§ 88

Umbau- und Umnutzungsmaßnahmen im Amtshaus von Schloss Achberg

Herr Dr. Eiden verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und stellt die baulichen Komponenten und die aus Kostengründen reduzierte Form vor.

KRin Dr. Brehm erkundigt sich nach dem Sachstand zur Idee des Lifts im Amtshaus.

Herr Mayer teilt mit, dass es nach technischer Überprüfung leider keine Idealstelle gibt, an welcher sich ein Lift platzieren lässt.

Bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung fasst der Kreistag **m e h r h e i t l i c h** fol-

genden Beschluss:

Das Projekt Umnutzung Amtshaus Schloss Achberg wird im vorgelegten Umfang und im Rahmen der zur Verfügung gestellten Mittel zur Realisierung freigegeben.

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Planungen voran zu treiben, die Ausschreibungen der Bauleistungen gemäß Terminplan vorzubereiten und die Leistungen im Betriebsausschuss zu vergeben.

Über die Teilmaßnahme Berollbarmachung Schlosshof soll separat durch den Betriebsausschuss beraten und entschieden werden.

Beteiligungsmanagement

§ 89

Beteiligungsbericht 2013

Frau Schuh verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und stellt den Beteiligungsbericht 2013 mit einer PowerPoint-Präsentation vor. Sie ergänzt den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Beteiligungsbericht 2013 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Beschlussvorlage wird künftig durch eine Zusammenfassung der wesentlichen Eckpunkte für die Beteiligungen > 25 % und für die Eigenbetriebe ergänzt.
3. Der vorgeschlagenen inhaltlichen Straffung des Beteiligungsberichts wird zugestimmt.

KRin Dr. Brehm schlägt vor, einmal in der Legislaturperiode des Kreistags einen ausführlichen Bericht vorzulegen.

Der Vorsitzende sagt zu, einen solchen zu Beginn einer Legislaturperiode vorzusehen.

Ohne weitere Wortmeldungen nimmt der Kreistag den Beteiligungsbericht 2013 zur Kenntnis und fasst **e i n s t i m m i g** folgenden Beschluss:

1. Die Beschlussvorlage wird künftig durch eine Zusammenfassung der wesentlichen Eckpunkte für die Beteiligungen > 25 % und für die Eigenbetriebe ergänzt.
2. Der vorgeschlagenen inhaltlichen Straffung des Beteiligungsberichts wird zugestimmt.

§ 90

Beteiligungsrichtlinie des Landkreises Ravensburg

Frau Schuh verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen sowie den als Tischvorlage verteilten Antrag der SPD-Kreistagsfraktion (siehe Anlagen) und stellt die Eckpunkte der Beteiligungsrichtlinie vor. Die von der SPD geforderte Ergänzung werde die Verwaltung gerne aufnehmen.

Ohne weitere Wortmeldungen fasst der Kreistag **einstimmig** folgenden Beschluss:

Die Beteiligungsrichtlinie des Landkreises Ravensburg wird unter Einbeziehung des Antrags der SPD-Kreistagsfraktion beschlossen.

§ 91

Kreditsachen

Herr Sauter verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen sowie die als Tischvorlage korrigierte Fassung (siehe Anlagen) und stellt das geplante Vorgehen mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Spieß stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu, merkt aber an: „Ich bin jetzt bestätigt – wir Bürgermeister können doch rechnen!“

Ohne weitere Wortmeldungen fasst der Kreistag **einstimmig** folgenden Beschluss:

Das Darlehen Nr. 6000 201 818 der Kreissparkasse Ravensburg wird zum Ablauf

der Zinsbindung am 30.05.2015 außerordentlich getilgt. Im Kernhaushalt wird die Kapitalzuführung 2015 um den Betrag in Höhe von 5.400.000 EUR erhöht. Die Finanzierung erfolgt aus dem Jahresüberschuss 2014.

§ 92

Oberschwabenklinik - Verlängerung der Stundungsvereinbarung mit dem Eigenbetrieb IKP

Herr Sauter verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erläutert die geplante Verlängerung der Stundungsvereinbarung.

Ohne weitere Wortmeldungen fasst der Kreistag **einstimmig** folgenden Beschluss:

Die in den Vereinbarungen vom 15.03.2013, 10.06.2013 und 17.12.2013 vereinbarten Stundungen von Forderungen für die Zeiträume 2010 bis 2014 (jeweils einschließlich) werden um ein Jahr bis zum 31.12.2016 verlängert.

Die Verwaltung wird beauftragt, die hierfür notwendigen Vereinbarungen mit der Oberschwabenklinik abzuschließen.

§ 93

Oberschwabenklinik; Kapitalerhöhung 2015

Herr Sauter verweist auf die versandten Sitzungsunterlagen (siehe Anlagen) und erklärt die vorgesehenen Maßnahmen.

KR Magenreuter erkundigt sich nach den Auswirkungen, dass sich der weitere Gesellschafter, die Stadt Ravensburg, nicht an der kapitalstärkenden Maßnahme beteiligt.

Herr Sauter führt aus, dass dies keine weiteren Konsequenzen habe. Allerdings werde dieser Teil der Kapitalrücklage lediglich dem Landkreis Ravensburg zugeordnet.

Ohne weitere Wortmeldungen fasst der Kreistag **einstimmig** folgenden Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt, die kapitalstärkende Maßnahme in Höhe von 3 Mio. EUR für die Oberschwabenklinik wie vorgeschlagen umzusetzen.
2. Herr Landrat Widmaier wird bevollmächtigt, in der Gesellschafterversammlung die dafür erforderlichen Beschlüsse zu fassen.
Der Betrag von 3 Mio. EUR in der Kapitalrücklage wird ausschließlich dem Gesellschafter Landkreis Ravensburg zugeordnet.
3. Die Obergrenze des Liquiditätsdarlehens des Gesellschafters Landkreis Ravensburg wird zeitgleich um 3 Mio. EUR abgesenkt.

§ 94

Anfragen und Bekanntgaben - Hospiz am Engelberg, Wangen

Frau Meschenmoser nimmt Bezug auf die Berichterstattung in der Presse, die für die Beteiligten wie auch für die Patienten und deren Angehörige zum Teil sehr belastend gewesen seien. Sie fasst den aktuellen Sachstand zusammen:

- Es habe Verstöße gegen heimaufsichtsrechtliche Vorschriften (Überbelegung) gegeben.
- Am 11.03.2015 habe eine große Gesprächsrunde stattgefunden, um wieder Ruhe in das Verfahren zu bringen.
- Das Gespräch sei sachlich und konstruktiv verlaufen.
- Ergebnis des Gesprächs: Das Landratsamt werde einen Bußgeldbescheid in moderater Höhe erteilen. Das Hospiz werde dagegen keine Rechtsmittel einlegen. Das Landratsamt stelle in Aussicht, einer Erweiterung des Hospizes um zwei Plätze (von 9 auf 11) zuzustimmen, sofern die personellen und räumlichen Voraussetzungen nachgewiesen werden.

Der Sachstandsbericht wird ohne weitere Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

Z. B.

Vorsitzender

Kurt Widmaier

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte